



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po ([www.eiiv.eu](http://www.eiiv.eu)) [welfens@eiiv.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiv.uni-wuppertal.de)  
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung

Pressemitteilung | *Der Westen in der Krise – Einbildungshandeln und Politik*

## **Populismus und Unwissen auf dem Vormarsch in den USA, Großbritannien und auch in Deutschland. Cameron unverantwortlich, Trump als zweiter Minderheitspräsident; und Anne Will – ohne Merkel-Widerspruch - erklärt UK zum EU-Gründungsmitglied. Wie viel Widersinn verträgt der Westen?**

Wuppertal, 2. Dezember 2016

### **Einbildungsgefahren, US-Aufschwung, Probleme in USA, UK, Deutschland**

Nach dem BREXIT-Referendum nun eine zweite politische Überraschung: Donald Trump hat die Mehrheit der Wahlmänner und wird also der nächste US-Präsident; trotz über zwei Millionen Stimmen Vorsprung für Hillary Clinton. Das ist nach 2000 schon in kurzer Zeit das zweite Mal, dass das antiquierte US-Wahlsystem nicht den Kandidaten mit der Mehrheit der Stimmen ins Weiße Haus bringt. Ein Teil der US-Verfassung ist sehr widersprüchlich, wenn in zwei von fünf Wahlen die mit Blick auf die Stimmenmehrheit falsche Person Präsident ist. Verfassungsänderungen sind vorzunehmen. Im Übrigen hat auch das Europäische Parlament Stimmenprobleme.



Die Trump-Wahl 2016 wird vielfach und angeblich klar mit einem Übermaß an Globalisierung aus US-Wählersicht erklärt. Schon sind in Europa in vielen Medien nicht wenige Kommentatoren mit einfachen entsprechenden Schlussfolgerungen unterwegs – aber ohne Kenntnis der sonderbaren Wahrnehmungsmuster bei US-Wählern. US-Globalisierungsangst entspricht oft nicht den Fakten und ist nur „fiktiv richtig“; also auch postfaktisch Entscheidungen bestimmend. Tatsache ist jedoch, dass die US-Bürger die Globalisierungsintensität mehrheitlich ganz massiv überschätzen und daher eingebildete Probleme das Abstimmungsverhalten offenbar mitbestimmen. Viel Rationalität ist da bisweilen nicht sichtbar und hier zeigt sich ein sehr ernstes Informationsdefizit der Obama-Administration: Denn über Fakten aufklären sollte die Regierung schon. Die USA – so die DHL-Studie Global Connectedness 2016 - haben einen Ausländeranteil an den Studierenden von etwa 2.5%, die Bevölkerung aber meint fast 25%. Die Zahl der ausländischen Touristen liegt in den USA als Anteil an allen Touristen bei etwa 20%, die US-Bürger aber meinen 40%. Der Anteil der Immigranten an der Bevölkerung in den USA liegt bei unter 4%, die Befragten meinten fast 30%. Bei soviel grober Fehlwahrnehmung liegen dann auch weitere eingebildete Ängste nicht fern: So sind nach einer PEW-Umfrage die drei größten Sorgen der US-Wähler Angst vor Terrorismus, Furcht vor Internetangriffen und Angst vor internationalen Wirtschaftskrisen. Dann aber folgt auf Platz vier schon die sonderbar aufgebauschte Angst vor international übertragenen Krankheiten: Allerdings, wer sein Land voller ausländischer Touristen und Migranten sieht – zwei- bis zehnfach soviel wie die Ist-Zahlen -, der hat dann eben vielleicht auch Parallelängste vor international übertragenen Krankheiten als Furcht auf der Seele. Ausmaß und Effekte der Globalisierung sind unverstanden.

Der Anteil der Direktinvestitionszuflüsse an den Bruttoanlageinvestitionen liegt in den USA in einem starken Zuflussjahr bei etwa 8%, die US-Bürger aber meinen,

dass ausländische Multis für etwa 40% der Investitionen stehen. Dass die US-Bürger auch Exporte und Importe als Anteil am Bruttoinlandsprodukt ganz deutlich überschätzen, ist da schon fast nebensächlich; immerhin ist die Überschätzung beim Anteil der ausländischen Aktienkäufe an den gesamten Aktienkäufen nur gering. Der Anteil der Auslandstelefonate – inklusive Skype – beträgt kaum 4%, die Befragten meinten aber gut 30%. Eine fehlinformierte und zum Teil verunsicherte Einwohnerminderheit der USA, offenbar zeitweise auch überwältigt von diffuser Globalisierungs- bzw. Internationalisierungsfurcht, wählte also mehrheitlich Trump. Der tritt mit einem Milliardärs-Kabinett an und verspricht, er trete weiterhin gegen das Establishment an. Die Trump-Regierung startet reich an Widersprüchen.

Mit der Ankündigung, große Infrastrukturprojekte und Steuersenkungen für die Unternehmen umzusetzen, hat der designierte US-Präsident Trump Maßnahmen angekündigt, die das US-Wirtschaftswachstum stärken sollen. 2017 wird die US-Wirtschaft eine erhöhte Expansion verzeichnen, da die Politikmaßnahmen Produktion und Beschäftigung erhöhen; so schreibt es auch die OECD. Auch die EU wird in Form erhöhter Exporte profitieren, allen voran Großbritannien und Deutschland - mit starken Handelsbeziehungen zu den USA. Aber 2018 schon dürften dann Gegenkräfte wirksam werden: Die erwartete Erhöhung der Zinssätze durch die Zentralbank und vor allem die Verschlechterung des US-Außenbeitrags – damit schrumpft der reale wirtschaftliche Expansionseffekt in den USA.

Der im Zuge der Expansion der Bauwirtschaft schrumpfende Anteil des Sektors der handelsfähigen Güter wird zusammen mit der Dollaraufwertung dank spekulativer Kapitalzuflüsse zur Konsequenz haben, dass die US-Güterexporte in 2017/2018 gedämpft werden, während die Importe steigen. Wenn Trump demnächst mit Protektionismus-Maßnahmen gegen Mexiko und China reagieren wollte, wie im Wahlkampf 2016 angekündigt, dann wird das wenig nützen: Denn bei flexiblen Wechselkursen führt die Verbesserung der Leistungsbilanz durch Protektionismus zur US-Wechselkursaufwertung – in realer Rechnung – und daher mittelfristig zu erhöhten, weil preiswerteren Importen. Die Exportdynamik hingegen wird gedämpft. Die US-Auslandsverschuldung wird ansteigen und falls China sich, etwa aus Verärgerung über US-Protektionismus, entschließen sollte, keine weiteren US-Anleihen anzukaufen, dann wird der US-Zinssatz schon bald deutlich ansteigen.

Wenn die Vereinigten Staaten eine gegen China gerichtete protektionistische Außenwirtschaftspolitik realisieren sollten, so wird dies dazu führen, dass die traditionell hohen chinesischen Exportüberschüsse gegenüber den USA verstärkt nach Asien und Europa gelenkt werden. Das wird dort also zu Preissenkungen etwa bei Stahl oder Chemie- und Elektronikprodukten in Großbritannien und in der Eurozone führen; das könnte den Deflationsdruck in der Eurozone neu entfachen. In Westeuropa wird bei einer erfolgreichen Fiskalpolitik der USA der politische Druck steigen, endlich große Infrastrukturprojekte zu realisieren, wobei jedoch in Deutschland die Gesetzeslage für solche Projekt über Jahre so kompliziert gemacht wurde, dass man zumindest kurzfristig wenig erwarten kann; zumal auch noch einige Bundesländer ihr ministeriellen Planungskapazitäten immer weiter abgebaut haben. Es wäre längst angebracht gewesen, dass der Bund auf Basis verlängerter Wertpapierlaufzeiten bei der Refinanzierung von Staatsschuldtiteln sich langfristig

historische Zinssätze gesichert und mehr für Hochschulbau, Autobahnen, digitale Netzmodernisierung mitinvestiert hätte; auch auf Basis von Private-Public Partnership-Projekten, mit denen man in der EU z.T. gute Erfahrungen hat.

Die von Trump vorgesehenen massiven Körperschaftssteuersenkungen werden zu weiter wachsenden Einkommensungleichheiten in den USA führen, wo die Aufstiegselastizität neuerdings – wie in UK – geringer als in Deutschland ist. Die absehbare starke Dollaraufwertung wird den Inflationsdruck in den USA dämpfen und könnte die Neigung der US-Zentralbank, die Zinssätze alsbald zu erhöhen, bremsen. Ein Blick auf Deutschland: Mit seinen enorm hohen, anhaltenden Leistungsbilanzüberschüssen in Höhe von fast 9% des Bruttoinlandsproduktes in 2016 wird es von den USA und vielen anderen OECD-Ländern sicherlich kritisch gesehen. Eine rasche Senkung des Mehrwertsteuersatzes und eine Erhöhung der Sozialversicherungssätze könnten helfen, die Finanzen der öffentlichen Haushalte, inklusive Sozialversicherung, im Gleichgewicht zu halten, zugleich aber die kritisch hohen Exportüberschüsse zu vermindern. Die Mehrwertsteuerabsenkung verbilligt Güter im Inland bzw. erhöht den Konsum und sorgt dadurch auch für eine sinnvolle Minderung des Leistungsbilanzüberschusses. Deutschland und anderen EU-Länder sind gefordert, sich auf die neue US-Wirtschaftspolitik einzustellen. Für die Eurozone drohen von den USA ausgehende Zinserhöhungen zu neuen Spannung in der Währungsunion zu führen. Die von Donald Trump wohl vorgesehene Finanzmarktderegulierung kann man mit Blick auf die Erfahrungen mit der Transatlantischen Bankenkrise weithin als problematisch ansehen. Die absehbare Kombination von neuem US-Protektionismus und einer überzogenen US-Finanzmarktderegulierung wird zum Nachteil der globalen Finanzstabilität sein.

Der Westen ist seit der Bankenkrise 2007/08 in Schwierigkeiten und Fehlinfos und Desinformation sind ein Teil der neuen Schwächen der USA und Europas. Mit dem als UK-Fehlreferendum einzustufenden BREXIT-Votum im Juni 2016 – dort hatte die 16seitige Regierungsbroschüre an die privaten Haushalte die ökonomischen BREXIT-Effekte verschwiegen, die laut Finanzministeriumsbericht bei 10% des Realeinkommens liegen – steht UK vor ernststen Problemen. Zudem: Genau wie in der Bankenkrise Großbanker nach Missetaten unbehelligt und mit oft dicken Pensionen das selbst beschädigte Schiff verlassen konnten, ging nun Cameron nach verfehlter Infopolitik, absurder Anti-Immigrationsrhetorik und verlorenem Referendum in einem bequemen, gut besoldeten Ruhestand. Cameron hatte seit 2013 immer wieder auf die angeblich unerträglich hohe Immigration aus EU-Ländern hingewiesen. Dabei betrug die in der Spitze nur 0,2% der Bevölkerung und die OECD schreibt, dass die EU-Zuwanderer für eine höhere Beschäftigungsquote stehen als der britische Durchschnitt und die Zuwanderung für den Staat ein Plus beim Budget bedeutet. Was also soll das Ablenkungsthema EU-Immigration in UK?

Wahr ist, dass Cameron die Zuwanderer als Sündenbock perfide nutzte. Denn als Premierminister hat er über fünf Jahre die Kommunaltransfers um enorme 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gekürzt: Da entstand in vielen Städten der Eindruck von Unterversorgung mit öffentlichen Diensten, was dann meist den Zuwanderern angelastet wurde, während in Wahrheit Cameron die wegen der Bankenkrise anfänglich gar zweistellige Defizitquote verzweifelt zu vermindern

suchte. Theresa May, die damalige Innenministerin, zuständig für Einwanderung, hat die perfide Anti-Immigrationsrhetorik geteilt – und ist nun Regierungschefin. Kein Bischof, kein Philosoph und kein Ökonom von Rang hat in UK gegen die Anti-Immigrationsrhetorik Camerons öffentlich Stellung bezogen. Was ist nur aus dem Großen Britannien geworden? Dem Westen geht die Fähigkeit zur korrekten Faktendarstellung immer mehr ab; UK und USA passen da ins gleiche Schema.

In Deutschland sind Faktenkenntnis und solide Darstellung von Zusammenhängen viel besser als in den USA und UK! Nun: Ungeprüft und unkritisch wird das UK-Fehlreferendum in seinen Schlussfolgerungen interpretiert, obwohl ein infomäßig ordentliches britisches Referendum eine klare EU-Mehrheit gebracht hätte und viele Umstände des Referendums seltsam sind (siehe Welfens, BREXIT aus Versehen – mit Empfehlungen von Friedrich Schneider, Universität Linz und Harold James, Princeton, auf dem Backcover). Am 20. November 2016 erfand die **ARD-Moderatorin Anne Will** vor Millionen-Publikum im Gespräch mit Kanzlerin Merkel ein siebtes EU-Gründungsmitglied, Großbritannien: In der Sendung kam Frau Will auf die Herausforderung des Populismus und das britische EU-Referendum zu sprechen; die Kanzlerin habe diese Entwicklung auch nicht aufhalten können - ...eines „fortschreitenden Zerfall der Europäischen Union, wo man nicht mehr genau weiß, gibt es da gemeinsame Werte, oder sind die alle verloren gegangen. Es gibt sogar ein Land, **Großbritannien, die Gründernation**, die geht raus aus dem Verbund...“ Man kann sich als aufmerksamer Gebührentzahler nur gegen die grobe Will-Fehldarstellung verwahren– diese schädigt den Ruf der ARD, verdummt das (zahlende) Publikum beim EU-Thema und trägt zu einer postfaktischen Weltsicht von Zuschauern bei; und beschädigt auch das Ansehen von Kanzlerin Merkel. Ein kurzer Blick nach Frankreich, wo die postfaktische Einbildung bei Marine Le Pen 2014 sichtbar wurde. Sie forderte im SPIEGEL-Gespräch, dass Frankreich wieder zurück an die Spitze der Blockfreien-Bewegung müsse; dumm nur, dass Frankreich dieser Bewegung – zeitweise einflussreich im Kalten Krieg als Ländergruppe, die von den USA und der Sowjetunion politisch nicht vereinnahmt werden wollte – nie angehörte. Wie kann Le Pen dann fordern, dass Frankreich „wieder an die Spitze“ müsse? Politikern mit Einbildungsneigung ist nicht zu trauen. Wenn die USA und UK zunehmend von eingebildeten Gefahren, Schimären und Realitätsverlust in den Köpfen von breiten Wählerschichten und einflussreichen Politikern bestimmt werden sollten, ist ein historischer Abstieg des Westens wohl unvermeidbar.

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts des Bundesverbands Deutscher Volks- und Betriebswirte, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn. Welfens war u.a. geladener Experte des Deutschen Bundestages, des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission, des US-Senats, des IWF.

Zum neuen Buch siehe: **Paul J.J. Welfens** [Brexit aus Versehen](#)  
**Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU**, 2017, 401 S.  
Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3 [Auch als eBook verfügbar \(€ 14,99\)](#)

Kontakt Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | wiens@eiiw.uni-wuppertal.de